

Juso Hochschulgruppe Gießen
Grünberger Str. 140 Gebäude 620
35394 Gießen
hsg@jusos-giessen.de

Studierendenparlament der JLU Gießen

Otto-Behagel-Str. 25
Haus D
35394 Gießen

Gießen, den 21.10.2019

Antrag an das 58. Studierendenparlament der JLU Gießen

Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus an der JLU

Geehrte Parlamentarier*innen,
Liebe Studierende,

die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate zeigen auf, dass sich innerhalb unserer Gesellschaft eine immer größer werdende Enthemmung etabliert. Nicht zuletzt der unmenschliche rechtsradikale Terroranschlag in Halle aber auch der Mord an Walter Lübcke sowie Anschläge auf Flüchtlingsheime und beinahe tägliche Anfeindungen der AfD gegenüber Migrant*innen sind sinnbildlich dafür, dass Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierungen jedweder Couleur und die öffentliche Bekundung rechtsradikalen Gedankenguts keine punktuellen Erscheinungen sondern alltäglich geworden sind.

Mehr denn je ist es deshalb nötig sich zu den Grundwerten unserer demokratischen, pluralistischen und toleranten Gesellschaft zu bekennen und diese in einem gemeinsamen Beschluss des Studierendenparlaments zum Ausdruck zu bringen. Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus, des Rassismus und der Diskriminierung sowie rechtsradikale oder nationalistische Tendenzen auch und insbesondere hinter dem Deckmantel studentischer Verbindungen/Burschenschaften an der Justus-Liebig-Universität. Die Studierendenschaft und universitäre Gremien müssen täglich gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen, sich aktiv einbringen, der Herausforderung einer interkulturellen Universität stellen und diese auch mit allen Mitteln verteidigen. Für eine Justus-Liebig-Universität für Alle!

In diesem Kontext fordern wir zudem den Beschluss der Resolution „Gegen BDS und jeden Antisemitismus“. Damit soll auch eine Richtigstellung der Ereignisse aus der vergangenen Legislaturperiode des Allgemeinen Studierendenausschusses erfolgen, dem wir als Hochschulgruppe angehört haben und für die wir Verantwortung übernehmen.

Diese Resolution ist im Rahmen der Ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz entstanden. Erstunterstützer*innen sind neben den Initiator*innen – dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften, dem AStA der Uni Darmstadt und dem AStA der Uni Frankfurt – parteinahe Hochschulgruppen wie:

- Die Juso Hochschulgruppen
- Die Liberalen Hochschulgruppen
- Campus Grün
- Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten

Resolution

1. Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden zu existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht tolerieren. Israel hat das Recht sich zu verteidigen und von der Weltgemeinschaft fair und verhältnismäßig behandelt zu werden.
2. In Vergangenheit und Gegenwart diente Antisemitismus als ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns unterschiedslos gegen alle Feinde Israels, egal ob sie der politischen Linken, der politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamischen Spektrum zuzuordnen sind.
3. Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt. Jüdisches Leben auf dem Campus darf nicht gefährdet sein, jüdische Studierende müssen sich an allen Hochschulen sicher fühlen können.
4. Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label „BDS“, stellt einen besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es keinen Raum an deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit anderer wegen ihrer Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie für sich selbst nicht unbegrenzt einfordern. Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen Akteurinnen und Akteuren, ihren Unterstützerinnen und Unterstützern sowie mit deren Partnerinnen und Partnern grundsätzlich aus.

5. Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte, sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischer Austausch zwischen Deutschland und Israel müssen daher, wo immer möglich, nach Kräften gefördert und ausgebaut werden. Denn darin, in gemeinsamer Forschung und in studentischem wie akademischem Austausch zwischen diesen beiden Staaten, sehen wir auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Auseinandersetzung und Lösungsfindung mit bzw. zu drängenden Herausforderungen wie etwa Klimawandel und Digitalisierung.

6. Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den Lehramtsstudiengängen verankert werden.

Mit den besten sozialen & kollegialen Grüßen

Juso Hochschulgruppe Gießen